

- 50) *Xizang Ribao*, 13.11.95; XNA, 12.11.95.  
51) XNA, 30.11.95; IHT, 30.11.95; IHT, 7.12.95; SCMP, 5.1.96.  
52) SCMP, 10.11.95; siehe auch SZ, 18./19.11.95.  
53) *Entschließung zur Lage in Tibet und dem Verschwinden des sechs Jahre alten Panchen Lama*, Séance 13.7.95.  
54) IHT, 22.9.95; IHT, 12.10.95; IHT 25.9.95; vgl. C.a. November 1995, Ü 9.  
55) Im Dezember 1995 wurden in Dharamsala drei tibetische Agenten aus China verhaftet, die den Auftrag hatten, den Dalai Lama zu ermorden. So der politische Berater des Dalai Lama Kelsang Gyaltzen in FR, 3.1.96.  
56) Zur Haltung der USA, endlich unvoreingenommene Verhandlungen zu beginnen, vgl. SCMP, 26.1.95.  
57) XNA, 12.11.95.  
58) FAZ, 5.4.95.  
59) SCMP, 5.1.96.

Yu-Hsi Nieh

## Hongkong:

# Rückblick auf die wirtschaftliche und politische Lage 1995

---

## I Wirtschaftslage

### 1 Allgemeine Entwicklung

Im Laufe des vergangenen Jahres (1995) hat das Wirtschaftswachstum Hongkongs etwas nachgelassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das in den ersten zwei Quartalen beim Jahresvergleich noch einen Zuwachs von 5,9% bzw. 4,8% zu verzeichnen hatte, ist im dritten Quartal nur noch um 4,5% gestiegen, d.h. im niedrigsten Tempo seit vier Jahren. Ursprünglich hatte die Regierung für das ganze Jahr 1995 eine Wachstumsrate von 5,5% vorausgesagt, sie jedoch im August nach unten auf 5% revidiert. Angesichts des Trends ist ein weiteres Absinken auf unter 5% möglich, verglichen mit 6,4% und 5,4% in den beiden vorigen Jahren 1993 bzw. 1994.<sup>1</sup>

Die britische Kronkolonie wird gemäß der Vereinbarung von 1984 zwischen London und Beijing am 1. Juli 1997 an die VR China zurückgegeben. Das politische Count-down (s.u.) ist wenig oder nicht verantwortlich für den Rückfall des Wirtschaftswachstums, denn eine neue Welle von Auswanderung oder Kapitalflucht in ungewöhnlicher Dimension läßt sich z.Zt. nicht erkennen. Auf dem Aktienmarkt hat die gute Stimmung ebenfalls nicht nachgelassen. Der Hang Seng-Index stieg Ende Dezember 1995 auf 10.073,39 Punkte, rund 45% mehr als das bisherige Jahrestief vom 23. Januar 1995 mit 6.967,93 Punkten.<sup>2</sup>

Die Konjunkturdämpfung resultiert in erster Linie aus der Zurückhaltung des privaten Konsums infolge steigender Arbeitslosigkeit. Jüngsten vorläufigen statistischen Angaben der Regierung zufolge erreichte die Erwerbslosenquote in den drei Monaten vom September bis November 1995 saisonbereinigt 3,6%, eine Rekordhöhe seit elf Jahren;<sup>3</sup> 1994 hatte sie noch bei 1,9% im Durchschnitt gelegen. In Wirklichkeit dürfte sie aber noch höher sein, da die Statistiken wegen der fehlenden Arbeitslosenversicherung nicht alle Personen ohne Beschäftigung, sondern nur die offiziell registrierten Stellensuchenden erfassen können. Untersuchungen privater Organisationen zufolge soll sie bei über 10% liegen.<sup>4</sup> Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit wurden nicht nur Personen ohne festes Einkommen, sondern auch viele Festangestellte gezwungen, ihre Ausgaben einzuschränken. So hatte der private Verbrauch im ersten und zweiten Quartal 1995 jeweils eine relativ niedrige reale Steigerung von 1,2% bzw. 1,4% zu

verzeichnen, verglichen mit durchschnittlich 6,4% im Jahr 1994. Zugleich legte der Regierungsverbrauch in den ersten beiden Quartalen jeweils um 2,3% zu, ebenfalls weniger als 1994 mit einem Wachstum von knapp 3%.<sup>5</sup> Der Einzelhandelsumsatz im zweiten Quartal, der von 52,6 Mrd HK\$ im ersten Quartal auf 49,5 Mrd HK\$ um 6% zurückging, war zwar nominell noch 4,2% höher als vor einem Jahr, lag jedoch real 2,4% unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums.<sup>6</sup> Ein anderer Faktor, der den privaten Verbrauch dämpft, ist die anhaltende hohe Inflation. Trotz der Senkung der Immobilienpreise durch restriktive Regierungsmaßnahmen hinsichtlich der Spekulation kletterte die Teuerungsrate der Verbraucherpreise gemäß dem für alle Haushalte geltenden Composite CPI (Consumer Price Index) in den ersten drei Quartalen 1995 auf 9,5%, was über der vorjährigen Steigerungsrate von im Schnitt 8,8% liegt.<sup>7</sup> Die Inflation ist einerseits durch die Abwertung des US-Dollar, an den der HK-Dollar gekoppelt ist, bedingt und andererseits durch die noch höhere, zweistellige Preissteigerung in der VR China, dem wichtigsten Lieferanten Hongkongs.

Hongkongs Wirtschaft ist stark von seinem Außenhandel, insbesondere vom Transithandel, abhängig. 1994 entsprach der Anteil der Gesamtexporte 114,8% und der der Importe 123,1% des BIP. Von den Gesamtexporten entfielen über 81% auf Reexporte (Importwaren, die ohne weitere oder nach geringfügiger Verarbeitung wieder exportiert werden) und nur knapp 19% auf Eigenexporte (einheimische Produkte).<sup>8</sup> Aus Kostenüberlegungen haben Unternehmen ihre arbeitsintensiven Produktionsstätten zunehmend in die lohn- und bodenpreisgünstigen Nachbarregionen, vor allem in die VR China, verlegt. Im ersten Quartal 1995 hatte die "ausgelagerte Verarbeitung" (outward processing) einen Anteil von 48,5% (im Vorjahreszeitraum 43,2%) an Hongkongs Gesamtexporten nach China, darunter 68,3% (69,1%) an Eigenexporten und 45,4% (38,8%) an Reexporten. Bei Hongkongs Importen aus China handelte es sich zu 76,5% (77,8%) und bei den Reexporten chinesischer Originalprodukte (ohne diejenigen, die wieder nach China gehen) zu 83,4% (79,9%) um "ausgelagerte Verarbeitung".<sup>9</sup>

Jüngsten offiziellen Statistiken Hongkongs zufolge sind die Reexporte von Januar bis September 1995 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 19% auf 821,4 Mrd HK\$ (umgerechnet 105,3 Mrd US\$) und die Eigenexporte um 7,3% auf 171,9 Mrd HK\$ (22 Mrd US\$) gestiegen. Die Importe kletterten beim gleichen Vergleich noch schneller, u.zw. um 22% auf 1.107,3 Mrd HK\$ (141,96 Mrd US\$).<sup>10</sup> Für das gesamte Jahr 1995 erwartet die Regierung eine reale Zunahme der Gesamtgüterexporte um 13,6%, etwas niedriger als die frühere Prognose von 13,9%, aber deutlich höher als das Vorjahresergebnis von 10,4%. Während die Reexporte unverändert - wie ursprünglich vorausgesagt - um 16% steigen sollen (im Vorjahr 13,8%), wurde das geschätzte Eigenexportwachstum von 5% auf 3,5% nach unten revidiert (-2,3%). Zugleich hat die Regierung ihre vorausgesagte reale Importsteigerung von 13,7% auf 14,9% angehoben (14%). Ferner sollen die Dienstleistungsexporte, die im ersten und zweiten Quartal einen Jahreszuwachs von 12,7% bzw. 13,1% aufwiesen, nach den jüngsten Regierungsangaben im Gesamtjahr 1995 gegenüber dem Vorjahr real um 13% steigen anstelle der erwarteten 11%. Im Vorjahr hatte es hier nur eine Zunahme von 8,7% gegeben. Bei den Dienstleistungsimporten

wird für 1995 von der Regierung eine reale Steigerung von 9% erwartet, etwas niedriger als im Vorjahr mit 9,2%.<sup>11</sup> Traditionell hat Hongkong im Warenaustausch einen Importüberschuß, aber dank seines hohen Erlöses im Dienstleistungsaustausch blieb in der jährlichen Leistungsbilanz bislang immer noch ein aktiver Saldo, der 1994 bei 21.998 Mio HK\$ (2.820 Mio US\$) lag.<sup>12</sup>

Nicht sehr schlecht zeigen sich auch die Investitionen. Im ersten und zweiten Quartal 1995 stiegen die Gesamtanlageinvestitionen um 3,97% bzw. 7,6% gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum. Ihr Wachstum im gesamten Jahr 1995 soll nach der jüngsten Regierungsschätzung im Schnitt bei 11% liegen nach 13,5% im Vorjahr. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die schwache Konjunktur in der Baubranche zurückzuführen, von der die Regierung nur ein bescheidenes reales Wachstum von 5% im ganzen Jahr 1995 erwartet, verglichen mit 15,3% im Vorjahr. Während sich der Zuwachs im öffentlichen Bau bei gleichem Vergleich von 15,1% (1994) auf 20% beschleunigen soll, hat der private Bau der Regierungsschätzung zufolge 1995 einen Rückgang von 5% zu verzeichnen nach einer Steigerung von 15,5% im Vorjahr.<sup>13</sup>

## 2 Wirtschaftsplanung

Um das Vertrauen der Wirtschaft Hongkongs in die Zukunft aufrechtzuerhalten, hat die britische Kolonialregierung im Oktober 1989 einen Mammutplan unter der Bezeichnung "Rosengarten" für den umfangreichen Ausbau der Infrastruktur des Territoriums ausgearbeitet, der den Bau des neuen internationalen Flughafens Chek Lap Kok auf der Nordseite der Insel Lantau einschließlich der rund 35 km langen Autobahn- und Schnellbahnverbindung mit der Innenstadt, einer Satellitenstadt nahe dem Flughafen und mehrerer neuer Container-Hafenanlagen vorsieht. Da die Bauzeit und die Schuldentilgung des Projekts über 1997 hinausreichen werden, beanspruchte die chinesische Regierung von Anfang an Mitspracherecht. Nach jahrelangem Streit haben London und Beijing Anfang Juni 1995 eine endgültige Einigung über die Finanzierung des Flughafenbaus erzielt. Anfang Oktober 1995 kamen die Außenminister beider Seiten, Malcolm Rifkind und Qian Qichen, in London überein, auch eine Lösung der Frage des Bauvorhabens eines 9. Containerterminals anzustreben.

## 3 Staatshaushalt

Der Haushaltsplan für das Finanzjahr 1995/96 (1. April-30. März) weist ein Loch von 2,6 Mrd HK\$ (umgerechnet 333 Mio US\$) auf. Der Plan sieht ein Gesamtausgabenvolumen der öffentlichen Hand in Höhe von 203,9 Mrd HK\$ vor, davon entfallen 169,7 Mrd HK\$ auf die Gesamterregierungsausgaben, 9,3% bzw. 5,9% mehr als im vorigen Finanzjahr. Unter den Regierungsausgaben steigt u.a. der Betrag für soziale Leistungen um 13,2% auf 12,9 Mrd HK\$, für Umweltschutz um 16,2% auf 2,2 Mrd HK\$ und für Bildung um 4,9% auf 30,3 Mrd HK\$.

In seinem Haushaltsbericht vor dem Legislativrat (Parlament) betonte Finanzminister Hamish Macleod, daß seine Regierung trotz des erwarteten Defizits im Finanzjahr 1995/96 der zukünftigen Regierung Hongkongs unter chi-

nesischer Souveränität im Jahr 1997 stolz Haushaltsüberschüsse in Höhe von 151 Mrd HK\$ (19,53 Mrd US\$) hinterlassen werde, 30 Mrd HK\$ mehr als ursprünglich vorausgesagt. Einschließlich der Einnahmen aus Landverkauf würden die Finanzreserven Hongkongs bis 1999 auf rd. 361 Mrd HK\$ steigen.

## II Politische Lage

### 1 Das neue Parlament

Am 17. September 1995 wurde der Legislativrat (Parlament) Hongkongs neu gewählt. Über die Wahlreform in Hongkong haben die britische Kolonialregierung unter Gouverneur Chris Patten und die chinesische Regierung in Beijing jahrelang leidenschaftlich gestritten. Das Haus besteht aus 60 Mitgliedern, davon sollen nach einem Konsensus zwischen London und Beijing für die Übergangsperiode 1995-1999 20 Mitglieder vom Volk direkt, 30 von den sog. "functional constituencies" (gesellschaftliche und berufliche Verbände) und 10 von einem Wahlkomitee gewählt werden. Über die Art und Weise der Zusammensetzung dieses Wahlkomitees gibt es jedoch keine konkrete Vereinbarung. Am 7. Oktober hatte Patten in seiner Amis-antrittsrede als neuer Gouverneur Hongkongs eine brisante Wahlreform angekündigt. Danach wird das Wahlkomitee für die Wahl von 10 Abgeordneten zum Legislativrat aus Mitgliedern der vom Volk direkt gewählten Bezirksparlamente bestehen. Dies stieß auf heftigen Widerstand der chinesischen Regierung, denn das vom chinesischen Nationalen Volkskongreß (NVK) am 4. April 1990 verabschiedete Grundgesetz für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone (SVZ) ab 1997 sieht ein Wahlkomitee zum gleichen Zweck für die Zusammensetzung des Legislativrats im Jahr 1999 und 2007 auf folgende Weise vor: Es soll aus 800 Mitgliedern bestehen, und zwar 200 aus Industrie-, Handels- und Finanzkreisen, 200 aus Berufsverbänden, 200 aus Kreisen der Industrie- und Sozialarbeiter und religiöser Institutionen, 200 aus Kreisen amtierender Abgeordneter Hongkongs in den verschiedenen örtlichen sowie nationalen chinesischen Parlamentsorganen. Darüber hinaus ist Beijing auch gegen die Erhöhung der Anzahl der gesellschaftlichen Verbände ("functional constituencies") von 21 auf 30 und lehnt es ab, daß die von diesen zu wählenden 30 Legislativratsabgeordneten nur durch die individuellen Mitglieder anstatt durch ihre Führungsgremien gewählt werden sollen.<sup>14</sup>

Da London und Beijing nach langwierigen Verhandlungen noch immer keinen Kompromiß erzielen konnten, wurde Pattens Wahlreform einseitig vom Legislativrat Hongkongs in der Nacht zwischen dem 30. Juni und 1. Juli 1994 im Anschluß an eine 17stündige Debatte als Gesetz verabschiedet. Bei der o.g. Legislativratswahl vom 17. September 1995 nach dem neuen Wahlgesetz erhielt die DP (Democratic Party) 19 Sitze, davon sind 12 direkt, 5 durch die "functional constituencies" und 2 durch das Wahlkomitee der kommunalen Abgeordneten gewählt worden. Die LP (Liberal Party) errang 10 Sitze (1, 9 und 0), die DAB (Democratic Alliance for Betterment of Hong Kong) und die Gewerkschaften zusammen 7 (2, 3 und 2), die ADPL (Association for Democracy and People's Livelihood) 4 (2, 1 und 1) und die anderen Gruppierungen 5 (0, 2 und 3). Dazu kommen noch 15 Parteienunabhängige (3, 10 und 2).

Die DP und ADPL, die zu den aktiven Demokraten zählen, stehen Beijing, das Hongkong 1997 zurückbekommen wird, kritisch gegenüber. Hingegen gelten die DAB und die Gewerkschaften als prochinesische Kräfte. Zwischen diesen beiden Gruppen liegt die konservative LP, die hauptsächlich die Interessen von Großunternehmern vertritt. Im Vergleich zum vorherigen Parlament haben die aktiven Demokraten ihren Anteil an den Sitzen um 5 auf 23 verbessert. Die Zahl der Sitze der konservativen LP ist um 5 auf 10 gesunken. Die prochinesischen Kräfte, die vor vier Jahren nur 1 Mandat durch die indirekten Wahlen der gesellschaftliche Verbände bekommen hatten, verfügen jetzt, wie bereits erwähnt, insgesamt über 7 Sitze, also 6 mehr als früher. Der Anteil der Sitze der kleinen Gruppierungen nahm von 3 auf 5 zu, während sich der der Parteienunabhängigen von 21 auf 15 verringerte. Sie gelten bei der Gesetzgebung jedoch weiter als das Zünglein an der Waage, da keine der großen Parteien über die absolute Mehrheit verfügt.<sup>15</sup>

### 2 Beziehungen zu Beijing

Unter der britischen Kolonialregierung hat es in Hongkong bis Mitte der 80er Jahre keine politische Partei und auch keine Parlamentswahl gegeben. Erst nach der Vereinbarung zwischen London und Beijing über die Übergabe Hongkongs hat die Kolonialregierung 1985 mit der Demokratisierung begonnen. Zunächst wurde ein Teil der sog. "inoffiziellen" Mitglieder des Legislativrats nicht mehr vom Gouverneur ernannt, sondern durch die "functional constituencies" indirekt gewählt.<sup>16</sup> Die ersten direkten Wahlen von 18 der 60 Sitze des Hauses fanden im September 1991 statt.<sup>17</sup> Durch Pattens Wahlreform sind praktisch alle Abgeordneten direkt gewählt, denn - wie oben bereits dargestellt - neben den 20 durch allgemeine Wahlen bestimmten Sitzen wurden die 30 Mandate der "functional constituencies" ebenfalls von deren einzelnen Mitgliedern statt von ihren Führungsgremien gewählt, und die Wahlmänner des Wahlkomitees für die anderen 10 Mandate sind selbst vom Volk direkt gewählte kommunale Politiker.

Im Rahmen der von Patten angestrebten politischen Reform wurden ferner die Legislative und die Exekutive deutlich voneinander getrennt. Früher galten alle beide als reine Beratungsorgane des Gouverneurs. Sie standen nicht nur unter dem Vorsitz des Gouverneurs, sondern hatten zum Teil dieselben Personen als Mitglieder. Nun verfügt der Legislativrat über einen eigenen Sprecher und über parlamentarische Ausschüsse. Besonders durch die Etablierung der politischen Parteien in den letzten Jahren hat sich die parlamentarische Funktion des Legislativrats gegenüber der Administration verstärkt. Demonstrativ hatte die DP im Juli 1995 einen Mißtrauensantrag gegen Patten im Legislativrat eingebracht mit der Beschuldigung, daß die Briten in der Vereinbarung mit der chinesischen Regierung über die Errichtung eines Berufungsgerichts der letzten Instanz in Hongkong erst am 1. Juli 1997, also nach der Rückgabe der Kolonie an China, zu weitgehende Konzessionen gemacht hätten. Allerdings hatte dieser Mißtrauensantrag nur symbolische Bedeutung, da nach den Kolonialgesetzen eine Mißtrauenserklärung des Legislativrats für den Gouverneur ohnehin nicht verbindlich ist. Außerdem wurde der Antrag mit 35 gegen 17 Stimmen abgelehnt.<sup>18</sup>

Aus Mißtrauen gegenüber Beijings Hongkong-Politik hinsichtlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nach der Rücknahme der Kolonie hatte der Legislativrat am 5. Juni 1991 ein Gesetz zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ("Bill of Rights") verabschiedet. Bislang wurden über 200 Gesetze und Bestimmungen Hongkongs bereits gemäß diesem Menschenrechtsgesetz novelliert, und weitere 50 sollen noch geändert werden. Am 17. Oktober wurde vom Rechtsausschuß des von Beijing eingesetzten Arbeitskomitees ("Preliminary Working Committee") des Ende Dezember 1995 gebildeten Vorbereitungskomitees ("Preparatory Committee") für die Übernahme Hongkongs dem chinesischen Nationalen Volkskongreß vorgeschlagen, das Menschenrechtsgesetz von Hongkong nach der Wende zu revidieren und besonders die entsprechend durchgeführten Novellen von sechs Bestimmungen für öffentliche Sicherheit wieder zu streichen, um damit zur Gewährleistung der politischen Stabilität die Kontrolle der Regierung über Demonstrationen, Auslandsverbindungen von gesellschaftlichen Organisationen, Rundfunksendungen sowie andere Notstandsmaßnahmen wieder verschärfen zu können. Der Legislativrat Hongkongs beschloß am 15. November mit 40 zu 15 Stimmen, die chinesische Seite vor einer Änderung des Menschenrechtsgesetzes und einer Verschärfung der Sicherheitsgesetze zu warnen. Hierfür stimmten diesmal auch mehrere sonst beijingfreundliche Abgeordnete.<sup>19</sup>

Noch am 6. Juni 1991, d.h. gleich nach der Verabschiedung der "Bill of Rights" von Hongkong im Legislativrat, hatte der Sprecher des Außenministeriums in Beijing bereits erklärt, daß sich die chinesische Regierung vorbehalten, nach 1997 alle Gesetze Hongkongs einschließlich des Menschenrechtsgesetzes gemäß den Bestimmungen des chinesischen Grundgesetzes für die SVZ Hongkong zu überprüfen.<sup>20</sup> Beim Empfang einer Delegation von Pädagogen aus Hongkong am 31. November 1995 in Beijing befürwortete der stellvertretende Vorsitzende des chinesischen Nationalen Volkskongresses, Wang Hanbin, "persönlich" die Aufhebung des vom Legislativrat Hongkongs verabschiedeten Menschenrechtsgesetzes, da Beijings Argument zufolge die Grundrechte bereits im chinesischen Grundgesetz für die SVZ Hongkong geregelt seien und nach 1997 kein Gesetz Hongkongs einen noch höheren Stellenwert als das Grundgesetz haben dürfe.<sup>21</sup>

Die chinesische Regierung warf Patten vor, die Macht der Administration Hongkongs zu schwächen und damit Chinas Übernahme der Kolonie zu erschweren. In der sino-britischen Vereinbarung von 1984 hat sich Beijing verpflichtet, nach der Übernahme Hongkongs die "gegenwärtigen" Gesetze dort grundsätzlich nicht zu verändern und das "ursprüngliche" politische System sowie die kapitalistische Gesellschaftsform 50 Jahre lang aufrechtzuerhalten. Angesichts der politischen Reform in Hongkong interpretiert Beijing, daß sich seine Garantie für die Nichtveränderung nur auf die Gesetze und das politische System Hongkongs zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der sino-britischen Vereinbarung von 1984 beziehe. In der Folge betonte Beijing wiederholt, den nach dem neuen Wahlgesetz zusammengesetzten Legislativrat Hongkongs nach der Wende 1997 aufzulösen, obwohl er demokratisch für vier Jahre, also bis 1998 einschließlich, gewählt wurde. Auch die vom Legislativrat verabschiedete "Bill of Rights" und die ihr entsprechend novellierten Bestimmungen sollen, so heißt es, aufgehoben bzw. wieder rückgängig gemacht werden.<sup>22</sup>

Kurz nach der Legislativratswahl trafen die Außenminister von Großbritannien und der VR China, Malcolm Rifkind und Qian Qichen, am 3. Oktober 1995 in London zusammen, um eine Annäherung beider Seiten in der Hongkongfrage zu suchen. Sie haben sich neben dem oben bereits erwähnten Konsensus über das Streben nach einer Lösung der Frage des Bauvorhabens des 9. Containerterminals zwar noch darauf geeinigt, hinsichtlich der Übergabe der Kolonie vorzeitige Kontakte zwischen führenden Beamten Chinas und Hongkongs zu ermöglichen und eine Expertengruppe zur Vorbereitung einer "feierlichen, gebührenden und würdevollen" Zeremonie für das historische Ereignis zu gründen. Aber die verbesserte Atmosphäre wurde gleich wieder durch eine Reihe neuer Streitigkeiten getrübt. Die Regierung Patten weigert sich, die Personalakten von Hongkongs Bediensteten vor dem Machtwechsel 1997 an China zu übergeben. Ebenso lehnt London die chinesische Anregung ab, Patten als Gouverneur Hongkongs abzusetzen oder ihn von der Teilnahme an der Übergabeceremonie Hongkongs auszuschließen.<sup>23</sup> Darüber hinaus kritisiert China die Expansion der Sozialpolitik der britischen Kolonialregierung vor der Übergabe Hongkongs durch steigende Verschuldungen.<sup>24</sup>

Noch 1996 wird Beijing den Regierungschef sowie die Mitglieder eines provisorischen Legislativrats für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone designieren. Beim Entwurf des Regierungsbudgets Hongkongs 1996-1997 will die chinesische Seite ebenfalls mitreden. Man spricht von zwei Machtzentren in der "Noch-"Kolonie. Es ist fraglich, ob Hongkongs Wirtschaft in den letzten anderthalb Jahren vor der historischen Wende weiterhin von der Politik unbeeinflusst bleibt, falls der Streit zwischen der Regierung Patten und Beijing anhält oder sogar zunimmt.

#### Anmerkungen:

- 1) SCMP und AWSJ, 7. und 25.11.95; C.a. 1995/8, Ü 34.
- 2) IHT, 1.1.96.
- 3) AWSJ, 18.12.95.
- 4) *Taiwan Aktuell*, München, 29.11.95.
- 5) XNA, 7.11.95; *Hong Kong Monthly Digest of Statistics* (HKMDS), October 1995, Census and Statistics Department, Hong Kong, S.136.
- 6) SCMP, 5.11.95.
- 7) XNA, 24.10.95; AWSJ, 9.10.95.
- 8) *Hong Kong in Figures*, 1995 Edition, Census and Statistics Department.
- 9) HKMDS, Anm.5, S.39.
- 10) XNA, 14.11.95.
- 11) SCMP, 7., 25.11. und 1.12.95.
- 12) HKMDS, Anm.5, S.135.
- 13) AWSJ, 7.11.95; SCMP, 7.11. und 1.12.95.
- 14) Ausführlich dazu siehe C.a., 1992/10, Ü 42.
- 15) Ausführlich dazu siehe C.a., 1995/9, Ü 31.
- 16) Ausführlich dazu siehe C.a., 1985/9, Ü 48.
- 17) Ausführlich dazu siehe C.a., 1991/9, Ü 35.
- 18) SCMP und AWSJ, 13.7.95; C.a. 1995/7, Ü 27.
- 19) SCMP, IHT und FT, 16.11.95; ZM, Dez. 1995, S.14-17; FEER, 16.11.95, S.36; *Jingbao Yuekan*, Hongkong, Dez.1995, S.5-9.
- 20) Ausführlich dazu siehe C.a. 1991/6, Ü 31.
- 21) DGB, 2.11.95.
- 22) Ebenda, 11. und 13.12.95.
- 23) SCMP, 5.1.96.
- 24) DGB, 8.12.96; NZZ, 30./31.12.95.